

FACHSERIE

1

BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

Reihe 1.5

Staatsangehörigkeit

1979

Veröffentlicht im Auftrag des Statistischen Bundesamtes
Herausgegeben von der Statistischen Abteilung



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ
Bestellnummer: 2010150 – 79700

Statist. Bundesamt - Bibliothek



10-13692

Erschienen im Oktober 1980

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 2,30

Inhalt

	Seite
Einführung	4
Schaubild	
Einbürgerungen aufgrund ausgewählter Rechtsgrundlagen 1966 bis 1979	6
T a b e l l e n t e i l	
1 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund ausgewählter Rechtsgrundlagen 1970 bis 1979	7
2 Eingebürgerte Personen 1979 nach Rechtsgrund und Ländern	8
3 Eingebürgerte Personen 1979 und 1978 nach der früheren Staatsangehörigkeit	10
4 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen, Staatsangehörigkeits- urkunden für Deutsche 1979 sowie Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörig- keit durch Erklärungen aufgrund des 2. StaRegG 1977 nach Ländern	11
5 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des Art. 3 RuStAÄndG 1974 im Jahre 1979 nach Ländern	11
6 Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1979 nach neuen Heimatstaaten sowie nach Ländern	11

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden

Abkürzungen

- BGB1. = Bundesgesetzblatt
- RGB1. = Reichsgesetzblatt
- i.d.F. = in der Fassung

Einführung

Der vorliegende Bericht enthält die aufgrund der Erhebungen der Innenminister bzw. -senatoren der Länder und des Bundesverwaltungsamts zusammengestellten Ergebnisse der Staatsangehörigkeitsstatistik für das Jahr 1979.

In den Tabellen 1, 2, 4 und 5 werden die Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder Erklärung erworben haben, nach dem Rechtsgrund nachgewiesen.

Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung

Die Einbürgerungen erfolgen überwiegend nach den Bestimmungen der §§ 8 und 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 29. Juni 1977 (BGBl. I S. 1101) sowie nach § 6 des (1.) Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (1. StaRegG) vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65). Diese sowie die weiteren in Betracht kommenden Vorschriften besagen, im einzelnen folgendes:

§§ 8 (Einbürgerung von Ausländern) und 9 (Einbürgerung von Ehegatten Deutscher) RuStAG:

In diesen Fällen hängt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit neben der Niederlassung in Deutschland, der Geschäftsfähigkeit, der Unbescholtenheit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Regel von einem rechtmäßigen Inlandsaufenthalt von mindestens 10 Jahren - bei Einbürgerungen nach § 9 von nur 5 Jahren und die Ehe soll 2 Jahre bestehen - und dem Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit ab; nach § 9 ist der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit zwingende Voraussetzung für eine Einbürgerung.

§ 6 des (1.) StaRegG:

Nach dieser Vorschrift muß derjenige, der aufgrund von Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) Deutscher ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, auf seinen Antrag hin eingebürgert werden, es sei denn, daß Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährdet.

§ 10 RuStAG:

- a) i.d.F. von Art. 1, des Gesetzes zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAGÄndG 1974) vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3714): Danach war das nichteheliche minderjährige Kind eines Deutschen einzubürgern, wenn eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt war und das Kind seit 5 Jahren seinen dauernden Aufenthalt im Inland hatte.
- b) i.d.F. von Art. 4 des Gesetzes zur Verminderung der Staatenlosigkeit: Nach dieser Fassung ist das nichteheliche Kind eines Deutschen einzubürgern, wenn eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist, das Kind seit 3 Jahren rechtmäßig seinen dauernden Aufenthalt im Inland hat und den Antrag vor der Vollendung des 23. Lebensjahres stellt.

Art. 4 RuStAGÄndG 1974:

Nach dieser Bestimmung stand der Anspruch auf Einbürgerung nach § 10 RuStAG in der Fassung des Änderungsgesetzes bis zum Ablauf von 3 Jahren nach dem Inkrafttreten des Änderungsgesetzes - und damit in der Zeit vom 1. Januar 1975 bis zum 31. Dezember 1977 - auch dem nach dem 31. März 1953 geborenen volljährigen Kind zu.

§ 13 RuStAG:

Diese Vorschrift regelt die Wiedereinbürgerung von nicht im Inland lebenden ehemaligen Deutschen oder ihren Abkömmlingen.

§§ 8, 9 und 11 des (1.) StaRegG:

Nach diesen Bestimmungen können bzw. müssen deutsche Volkszugehörige, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, unter bestimmten Voraussetzungen eingebürgert werden.

§ 12 des (1.) StaRegG i.d.F. des Art. III des 3. StaRegG vom 19. August 1957 (BGBl. I S. 1251):

Einen Anspruch auf Einbürgerung hatten früher deutsche Staatsangehörige, die im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben, auch wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Ausland beibehalten haben. Bis zum 31.12.1970 stand auch den Abkömmlingen dieser Personen ein solcher Anspruch zu.

Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG vom 23. Mai 1949
(BGBI. I S. 1):

Nach dieser Vorschrift sind frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge auf Antrag wieder einzubürgern.

§ 1 der Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen vom 20. Januar 1942
(RGBl. I S. 40):

Aufgrund dieser Vorschrift kann ein Ausländer auch ohne Begründung einer Niederlassung im Inland eingebürgert werden.

Art. 2, des Gesetzes zur Verminderung der Staatenlosigkeit:

Nach dieser Vorschrift ist ein seit Geburt Staatenloser bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auf seinen Antrag einzubürgern.

Erwerb der Deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung

Durch Erklärung wurde die deutsche Staatsangehörigkeit im Berichtsjahr fast ausschließlich aufgrund des am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Art. 3 RuStAÄndG 1974 erworben. Diese

Vorschrift und das ebenfalls in Betracht kommende Zweite Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (2. StaRegG) vom 17. Mai 1956 (BGBI. I S. 431) besagen folgendes:

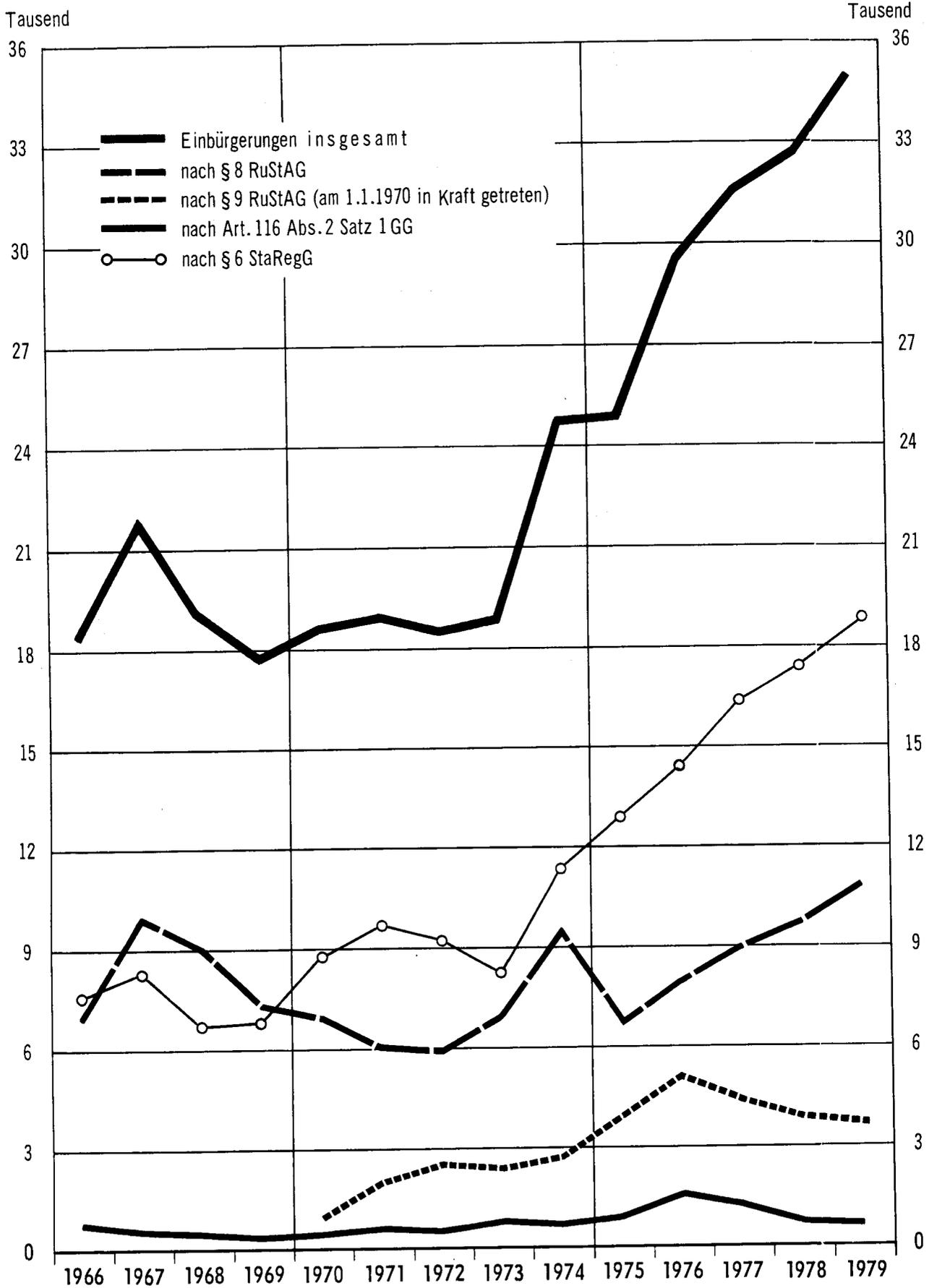
Art. 3 RuStAÄndG 1974

Nach dieser Bestimmung konnten alle Kinder, die nach dem 31. März 1953, aber vor Inkrafttreten dieses Gesetzes (1. Januar 1975) in Ehen zwischen einer Deutschen und einem Ausländer geboren wurden, durch einfache Erklärung die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Dieses Recht stand auch dem nicht-ehelich geborenen Kind zu, das durch eine von einem Ausländer bewirkte und nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation seine durch Geburt erworbene deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatte. Das Erklärungsrecht konnte nur bis zum Ablauf von 3 Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, also bis zum 31. Dezember 1977, ausgeübt werden.

Zweites StaRegG:

Dieses Gesetz regelt die Staatsangehörigkeitsfragen, die sich aus dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 ergeben haben und gewährt bestimmten Personen das Recht auf rückwirkenden Erwerb bzw. Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung.

EINBÜRGERUNGEN AUFGRUND AUSGEWÄHLTER RECHTSGRUNDLAGEN



Statistisches Bundesamt 80 0628

1 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund
ausgewählter Rechtsgrundlagen

Jahr	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit													
	Personen insgesamt		darunter durch										Erklärung	
			Einbürgerung											
			aufgrund von											
			§ 8 RuStAG		§ 9 RuStAG		Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG		§ 6 StaRegG		Art. 3 RuStAÄndG ¹⁾ 1974			
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1970	18 586	100	6 965	37,5	898	4,8	414	2,2	8 822	47,5	 			
1971	18 914	100	6 048	32,0	2 008	10,6	553	2,9	9 651	51,0				
1972	18 645	100	5 973	32,0	2 487	13,3	525	2,8	9 254	49,6				
1973	18 858	100	6 976	37,0	2 412	12,8	759	4,0	8 336	44,2				
1974	24 744	100	9 566	38,7	2 743	11,1	663	2,7	11 369	46,0				
1975	79 926	100	6 657	8,3	3 887	4,9	909	1,1	12 948	16,2	55 001	68,8		
1976	64 977	100	7 854	12,1	5 113	7,9	1 528	2,4	14 359	22,1	35 496	54,6		
1977	83 444	100	8 962	10,7	4 406	5,3	1 306	1,6	16 358	19,6	51 812	62,1		
1978	52 295	100	9 815	18,8	4 046	7,7	779	1,5	17 381	33,2	19 585	37,5		
1979	36 538	100	10 852	29,7	3 749	10,3	673	1,8	18 767	51,4	1 586	4,3		

1) Erst am 1.1.1975 in Kraft getreten.

2 Eingebürgerte Personen 1979

Personen- gruppe 1)	Einbür und zwar auf													
	ins- gesamt	§ 8	§ 9	§ 10	§ 13	Art. 4 RuStA ÄndG 1974	§ 1 der VO vom 20.1.1942 - RGL. I S. 40 -	Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG	§ 6	§ 8	§ 9 Abs. 1			
		RuStAG							des (1.) StaRegG					
		1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
											Schleswig-			
Männer ..	169	70	41	-	25	-	-	-	33	-	-			
Frauen ..	144	64	42	-	10	-	-	-	28	-	-			
Kinder ..	64	36	-	-	13	-	-	-	15	-	-			
Zusammen.	377	170	83	-	48	-	-	-	76	-	-			
											Ham			
Männer ..	363	137	48	-	14	-	-	5	151	-	3			
Frauen ..	380	127	43	-	18	-	-	14	175	-	-			
Kinder ..	192	73	-	2	10	-	-	3	104	-	-			
Zusammen.	935	337	91	2	42	-	-	22	430	-	3			
											Nieder			
Männer ..	765	226	140	1	25	-	-	14	357	1	-			
Frauen ..	738	188	109	2	22	-	1	8	407	1	-			
Kinder ..	422	121	-	10	9	-	-	5	277	-	-			
Zusammen.	1 925	535	249	13	56	-	1	27	1 041	2	-			
											Bre			
Männer ..	73	29	17	-	4	-	-	-	23	-	-			
Frauen ..	78	28	13	-	5	-	-	1	30	-	-			
Kinder ..	65	31	-	1	3	-	-	-	29	-	-			
Zusammen.	216	88	30	1	12	-	-	1	82	-	-			
											Nordrhein-			
Männer ..	2 750	1 012	498	2	26	-	-	43	1 152	-	4			
Frauen ..	2 597	779	380	2	30	-	3	30	1 355	-	2			
Kinder ..	1 530	533	-	26	21	-	-	27	917	-	-			
Zusammen.	6 877	2 324	878	30	77	-	3	100	3 424	-	6			
											Hes			
Männer ..	1 503	737	210	-	22	-	1	48	484	-	-			
Frauen ..	1 341	588	202	-	17	-	-	29	498	-	-			
Kinder ..	688	352	-	4	18	-	-	35	279	-	-			
Zusammen.	3 532	1 677	412	4	57	-	1	112	1 261	-	-			
											Rheinland-			
Männer ..	576	186	93	-	8	-	-	11	277	1	-			
Frauen ..	577	154	79	-	6	-	-	2	332	1	-			
Kinder ..	360	109	-	6	2	-	-	7	235	1	-			
Zusammen.	1 513	449	172	6	16	-	-	20	844	3	-			
											Baden-			
Männer ..	3 705	903	367	-	14	-	1	19	2 380	5	6			
Frauen ..	3 465	771	415	1	17	-	1	13	2 232	7	3			
Kinder ..	2 068	619	-	14	9	-	-	13	1 400	8	1			
Zusammen.	9 238	2 293	782	15	40	-	2	45	6 012	20	10			
											Bay			
Männer ..	3 318	883	355	1	9	5	-	12	2 030	8	5			
Frauen ..	3 362	834	389	1	24	9	1	11	2 063	6	14			
Kinder ..	1 792	507	-	37	5	-	-	2	1 230	4	2			
Zusammen.	8 472	2 224	744	39	38	14	1	25	5 323	18	21			
											Saar			
Männer ..	150	81	38	-	4	-	-	-	27	-	-			
Frauen ..	106	59	24	-	2	-	1	-	19	1	-			
Kinder ..	71	58	-	2	3	-	-	-	8	-	-			
Zusammen.	327	198	62	2	9	-	1	-	54	1	-			
											Berlin			
Männer ..	520	243	107	-	21	-	2	49	81	2	-			
Frauen ..	503	178	139	-	21	-	1	41	110	3	-			
Kinder ..	212	136	-	5	5	-	-	42	24	-	-			
Zusammen.	1 235	557	246	5	47	-	3	132	215	5	-			
											Bundesver			
Männer ..	107	-	-	-	24	-	2	55	2	-	4			
Frauen ..	124	-	-	-	27	-	6	70	1	-	6			
Kinder ..	74	-	-	-	8	-	-	64	2	-	-			
Zusammen.	305	-	-	-	59	-	8	189	5	-	10			
											Insges			
Männer ..	13 999	4 507	1 914	4	196	5	6	256	6 997	17	22			
Frauen ..	13 415	3 770	1 835	6	199	9	14	219	7 250	19	25			
Kinder ..	7 538	2 575	-	107	106	-	-	198	4 520	13	3			
Insgesamt	34 952	10 852	3 749	117	501	14	20	673	18 767	49	50			

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Kinder sind Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

nach Rechtsgrund und Ländern *)

gerungen				Von den Einbürgerungen waren		Von den Eingebürgerten waren			Personen- gruppe 1)
Grund von				Ermessens- einbürgerungen		frühere deutsche Staats- ange- hörige	heimatlose Ausländer (Ges. v. 25.4.1951 - BGBl. I S. 269)	ausländische Flüchtlinge nach dem Abkommen vom 28.7.1951 - BGBl. II/53 S. 559 -	
§ 9 Abs. 2	§ 11	§ 12 2) Abs. 1	Art. 2 Ges. z. Verminder- ung der Staaten- losigkeit vom 29.6.1977	Spalten 2,3,5,7 und 11	Spalten 4,6,8-10 und 12-15				
12	13	14		15	16	17	18	19	
Holstein									
-	-	-	-	136	33	19	12	16	Männer
-	-	-	-	116	28	14	10	12	Frauen
-	-	-	-	49	15	2	7	4	Kinder
-	-	-	-	301	76	35	29	32	Zusammen
burg									
-	-	5	-	202	161	55	11	32	Männer
-	-	2	1	188	192	82	13	19	Frauen
-	-	-	-	83	109	2	6	11	Kinder
-	-	7	1	473	462	139	30	62	Zusammen
sachsen									
1	-	-	-	391	374	14	48	40	Männer
-	-	-	-	320	418	38	37	40	Frauen
-	-	-	-	130	292	2	21	18	Kinder
1	-	-	-	841	1 084	54	106	98	Zusammen
men									
-	-	-	-	50	23	4	1	1	Männer
-	-	1	-	46	32	13	4	1	Frauen
-	-	-	1	34	31	-	-	-	Kinder
-	-	1	1	130	86	17	5	2	Zusammen
Westfalen									
-	-	4	9	1 540	1 210	46	139	102	Männer
-	-	4	12	1 194	1 403	106	126	73	Frauen
-	-	-	6	554	976	-	29	34	Kinder
-	-	8	27	3 288	3 589	152	294	209	Zusammen
sen									
-	-	1	-	970	533	24	135	105	Männer
-	-	6	1	807	534	47	56	70	Frauen
-	-	-	-	370	318	-	25	30	Kinder
-	-	7	1	2 147	1 385	71	216	205	Zusammen
Pfalz									
-	-	-	-	287	289	16	44	50	Männer
-	-	2	1	239	338	27	23	32	Frauen
-	-	-	-	111	249	-	10	28	Kinder
-	-	2	1	637	876	43	77	110	Zusammen
Württemberg									
4	-	5	1	1 291	2 414	78	85	69	Männer
2	1	2	-	1 207	2 258	143	78	42	Frauen
1	-	-	3	629	1 439	13	27	13	Kinder
7	1	7	4	3 127	6 111	234	190	124	Zusammen
ern									
1	-	5	4	1 252	2 066	61	134	355	Männer
-	-	3	7	1 262	2 100	162	128	265	Frauen
-	-	-	5	514	1 278	6	39	140	Kinder
1	-	8	16	3 028	5 444	229	301	760	Zusammen
land									
-	-	-	-	123	27	4	6	10	Männer
-	-	-	-	86	20	9	3	7	Frauen
-	-	-	-	61	10	-	-	4	Kinder
-	-	-	-	270	57	13	9	21	Zusammen
(West)									
-	1	14	-	373	147	65	9	54	Männer
-	-	10	-	339	164	90	6	26	Frauen
-	-	-	-	141	71	-	1	16	Kinder
-	1	24	-	853	382	155	16	96	Zusammen
waltungsamt									
2	-	18	-	30	77	60	-	-	Männer
1	-	13	-	39	85	82	-	-	Frauen
-	-	-	-	8	66	-	-	-	Kinder
3	-	31	-	77	228	142	-	-	Zusammen
samt									
8	1	52	14	6 645	7 354	446	624	834	Männer
3	1	43	22	5 843	7 572	813	484	587	Frauen
1	-	-	15	2 684	4 854	25	165	298	Kinder
12	2	95	51	15 172	19 780	1 284	1 273	1 719	Insgesamt

2) I.d.F. des Art. III des Dritten StaReG vom 19.8.1957.

3 Eingebürgerte Personen nach der früheren Staatsangehörigkeit*)

Staatsangehörigkeit (alter Heimatstaat)	1979				1978			
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder ¹⁾	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder ¹⁾
Europäische Staaten								
Belgien	87	45	31	11	73	25	35	13
Bulgarien	143	68	55	20	131	69	47	15
Dänemark	11	6	3	2	17	3	13	1
Estland	7	5	2	-	5	4	1	-
Frankreich	254	99	104	51	309	141	126	42
Griechenland	340	196	95	49	419	249	113	57
Großbritannien und Nordirland	172	55	75	42	231	76	114	41
Italien	951	473	225	253	1 121	611	288	222
Jugoslawien	3 898	1 550	1 537	811	3 792	1 536	1 398	858
Lettland	22	13	9	-	33	26	7	-
Litauen	8	6	2	-	19	13	3	3
Luxemburg	19	6	10	3	12	3	5	4
Niederlande	336	137	125	74	275	119	118	38
Norwegen	19	6	8	5	26	9	7	10
Österreich	1 211	505	447	259	1 204	524	479	201
Polen	2 785	1 124	1 166	495	2 601	1 099	1 092	410
Rumänien	8 565	3 239	3 543	1 783	7 234	2 603	2 988	1 643
Schweiz	30	9	12	9	32	14	11	7
Sowjetunion	4 040	1 239	1 466	1 335	3 660	1 113	1 317	1 230
Spanien	229	81	85	63	277	99	94	84
Tschechoslowakei	3 611	1 485	1 414	712	3 155	1 352	1 189	614
Türkei	312	140	95	77	317	154	94	69
Ungarn	1 982	891	702	389	2 234	1 074	712	448
Sonst. europ. Staaten.	164	51	79	34	168	50	77	41
Außereuropäische Staaten								
Argentinien	81	32	36	13	144	55	60	29
Australien einschl. Neuseeland	69	31	30	8	84	43	28	13
Bolivien	19	9	8	2	23	13	8	2
Chile	55	20	21	14	63	28	27	8
China (Taiwan)	46	19	16	11	19	8	9	2
China, Volksrepublik..	64	22	28	14	39	17	14	8
Indien	138	91	31	16	151	102	32	17
Indonesien	111	40	40	31	54	23	22	9
Israel	503	234	164	105	476	223	156	97
Kanada	42	20	13	9	26	12	13	1
Korea, Dem.Volksrep. .	31	-	29	2	18	3	14	1
Korea, Republik	281	26	204	51	217	22	168	27
Philippinen	41	3	35	3	27	5	21	1
Südafrika	703	279	291	133	526	210	190	126
Uruguay	41	18	11	12	53	20	15	18
Vereinigte Staaten von Amerika	236	65	105	66	204	78	99	27
Ägypten	201	126	29	46	207	155	21	31
Algerien	27	18	4	5	32	21	1	10
Irak	87	70	5	12	83	74	4	5
Jordanien	113	64	18	31	105	79	5	21
Libanon	136	95	20	21	30	23	3	4
Marokko	17	11	4	2	22	13	7	2
Syrien	192	130	20	42	170	127	12	31
Tunesien	34	20	8	6	19	10	7	2
Sonst. arab. Staaten ²⁾	10	6	-	4	19	14	1	4
Sonst. afrik. Staaten.	81	42	25	14	59	37	14	8
Sonst. amerik. Staaten	165	74	73	18	165	68	75	22
Sonst. asiat. Staaten.	245	142	66	37	284	169	60	55
Zusammen ...	32 965	13 136	12 624	7 205	30 664	12 618	11 414	6 632
Ohne Angaben des Heimat- staates								
Staatenlos	1 785	773	726	286	1 768	737	707	324
Ungeklärt	202	90	65	47	278	109	113	56
Zusammen ...	1 987	863	791	333	2 046	846	820	380
Insgesamt ...	34 952	13 999	13 415	7 538	32 710	13 464	12 234	7 012

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Kinder sind Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

2) Arabische Republik Jemen, Bahrain, Demokratische Volksrepublik Jemen, Fudscheira, Libyen, Oman und Saudi-Arabien.

4 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen,
Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1979 sowie Erwerb und Fortbestand der deutschen
Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des 2. StaRegG 1977 nach Ländern

Bearbeitende Dienststellen (Innenminister bzw. - senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt)	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen		Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche		Erklärungen aufgrund	Erteilte Urkunden über den	
	insgesamt	insgesamt	darunter Staatsangehörigkeitsausweise	des 2. StaRegG vom 17.5.1956		Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (§§ 3-5)	Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit (§ 6)
					des 2. StaRegG		
Schleswig-Holstein	377	1 013	977	-	-	-	
Hamburg	935	2 002	1 258	-	-	-	
Niedersachsen	1 925	2 606	2 480	-	-	-	
Bremen	216	393	240	-	-	-	
Nordrhein-Westfalen	6 877	4 537	4 249	-	-	-	
Hessen	3 532	2 404	2 352	-	-	-	
Rheinland-Pfalz	1 513	1 910	1 891	-	-	-	
Baden-Württemberg	9 238	54 652	52 801	7	-	-	
Bayern	8 472	116 269	114 542	10	13	-	
Saarland	327	1 376	1 369	-	-	-	
Berlin (West)	1 235	1 900	1 890	-	-	-	
Bundesverwaltungsamt	305	1 365	1 365	-	-	-	
Insgesamt ...	34 952	190 427	185 414	17	13	-	

5 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des Art. 3 RuStAAndG 1974
im Jahre 1979 nach Ländern

Bearbeitende Dienststellen (Innenminister bzw. - senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt)	Insgesamt	Davon aufgrund des		
		Abs. 1 Satz 1	Abs. 1 Satz 2	Abs. 10
Schleswig-Holstein	67	67	-	-
Hamburg	40	40	-	-
Niedersachsen	221	205	16	-
Bremen	12	12	-	-
Nordrhein-Westfalen	460	460	-	-
Hessen	103	103	-	-
Rheinland-Pfalz	66	66	-	-
Baden-Württemberg	123	.	.	.
Bayern	245	245	-	-
Saarland	7	7	-	-
Berlin (West)	124	116	8	-
Bundesverwaltungsamt	118	118	-	-
Insgesamt ...	1 586	.	.	.

6 Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1979
nach neuen Heimatstaaten sowie nach Ländern

Neuer Heimatstaat	Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen												
	insgesamt	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesverwaltungsamt
Belgien	102	1	-	8	1	39	2	1	3	3	-	2	42
Jordanien	2	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-
Jugoslawien	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-
Kanada	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-
Niederlande	1	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Österreich	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Polen	30	-	-	4	-	19	1	-	6	-	-	-	-
Schweden	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Insgesamt ...	140	1	-	12	1	58	5	2	11	3	-	5	42

